



POLITIK · MAGAZIN

FRAUEN · GESELLSCHAFT · BILDUNG · KULTUR

Diese Ausgabe

Der Integrationsbericht – Leerstellen bei Frauen

zwd Berlin (ig). Tag der Heiligen Drei Könige in Berlin: Bundesinnenminister Thomas de Maizière präsentierte an diesem 6. Januar den alljährlich zu erstellenden Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Der Bericht – ausgelegt auf das Jahr 2014 – ist angesichts der aktuellen Zahlen des Zustroms von Flüchtlingen nach Deutschland faktisch Makkulatur. Der Minister hielt sich denn auch nicht lange bei dem Bericht auf und benannte erste vorläufige Zahlen für das Jahr 2015. Angesichts der ungewissen Höhe des tatsächlichen Zustroms, der wegen Doppelregistrierungen auch unter einer Million liegen kann, überraschten die Zahlen von 2014 doch: Mit 1,45 Millionen ausländischen StaatsbürgerInnen ist laut BAMF die höchste, bislang in der Wanderungsstatistik erfasste Zahl von Zuwanderern registriert worden. Fast drei Viertel von ihnen kamen aus einem europäischen Land. Das hat sich im letzten Jahr geändert, doch einen genauen Überblick gibt es nicht. Die erwartete Größenordnung liegt bei mehr als einer Million, aber viele wollen nicht auf Dauer bleiben.

Zwischen 1953 und 1990 betrug die Zuwanderung insgesamt knapp eine Million Menschen, zwischen 1990 und 2015 weitere etwa 3,7 Millionen Menschen. Auf die Frage, wieviele Frauen aktuell nach Deutschland gekommen seien, musste der Bundesinnenminister passen. Erfasst wird im Migrationsbericht des BAMF zwar der Familiennachzug, nicht aber, wie viele Frauen gezählt wurden. Die Geschlechterlücke besteht seit Jahren und auch die Selbstverpflichtung der Großen Koalition, Statistiken nach Geschlechtern zu differenzieren, hat daran bisher nichts geändert. So erfuhren die Journalisten lediglich, dass der Frauenanteil seit den 90er Jahren um die 40 Prozent schwankte. 2014 zogen deutlich mehr Frauen als Männer aus Thailand (71,6 %), Russland (61,3 %) und der Ukraine (59,8 %) nach Deutschland. Zugleich kamen überproportional mehr Männer aus Pakistan (73,9 %), Ungarn (68,7 %), Kroatien (68,3 %), Afghanistan (68,0 %), Indien (67,9 %) und Syrien (66,5 %). Nicht viel, aber wenigstens das wissen wir nun.

Auswärtiges Amt bezieht Position

Merkel ante Portas? Wird sie doch VN-Generalsekretärin?

zwd Berlin/New York. Im Herbst wird die Vollversammlung der Vereinten Nationen (VN) den Spitzenposten der Weltorganisation neu besetzen. Verschiedene Kampagnen machen sich dafür stark, eine Frau als Generalsekretärin zu berufen. Achtbare Kandidatinnen werden schon genannt, darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Ihr Wechsel nach New York war im letzten Oktober mehr als eine Spekulation, als BILD und SPIEGEL Online darüber in großer Aufmachung berichteten.

Damals, auf dem Höhepunkt des Merkel-Bashings wegen ihrer Haltung in der Flüchtlingskrise („Wir schaffen das“), hatten parteiinterne Kritiker ihre Ablösung und mit Parteifreund Wolfgang Schäuble schon einen potenziellen Nachfolger ins Spiel gebracht. Nach einem Dementi des Regierungssprechers verstummten die Gerüchte zwar zunächst, doch aus der Welt sind sie damit nicht. In der Koalition und in der Presse werden erneut Zweifel genährt, dass mit der Bundeskanzlerin eine Wende in der Flüchtlingspolitik nicht zu schaffen sei. Die VN als Ausweg?

Das Auswärtige Amt bestätigte nun auf *zwd*-Nachfrage, dass sich Deutschland für die Benennung von Frauen als Kandidatinnen für das Amt des VN-Generalsekretärs einsetzen wird. **Seiten 4/5**



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will ihren Abgang aus der deutschen Politik selbst bestimmen.



NACH DEN PARTEITAGEN

Wer gewinnt die Frauen?

zwd Berlin. Nach den Parteitag ist vor der Bundestagswahl: Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kämpfen die von Überalterung bedrohten Volksparteien um Nachwuchs. Mehr junge Frauen in ihre Reihen aufzunehmen, ist das erklärte Ziel der neuen SPD-Generalsekretärin Katarina Barley (Bild links). Die Union ist der SPD mit einer Mitgliederwerbekampagne schon eine Armlänge voraus. **Seite 8**

In dieser Ausgabe
F Frauen **G Gesellschaft** **B Bildung** **K Kultur**
F FRAUEN & POLITIK

- Nach den Parteitagen von SPD und CDU 2015**
- 3 Wer gewinnt die Frauen?**
- Wahl VN-Generalsekretär(in)**
- 6 Eine Frau für das höchste UN-Amt?**
- 7 Nach neun Männern: „Zeit für eine Frau“**
- Aktuelles**
- 6 Internationales: Ägypten, Japan, Saudi-Arabien**
- Frauenquote**
- 17 Der Boykott einiger Unternehmen enttäuscht**
- Ausstellung**
- 18 „Frauen kämpfen um ihr Recht“**

F DOSSIER: FRAUEN AUF DER FLUCHT

- 10 Friedensnobelpreisträgerinnen unterstützten Flüchtlingsfrauen und -kinder auf der Balkanroute**
- 11 Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Frauen und Mädchen: Fraktionsübergreifende Einigkeit**
- 12 Schwesig will Schutz für Frauen und Kinder in Flüchtlingseinrichtungen verbessern**

G GESELLSCHAFT, FRAUEN & POLITIK

- 13 zwd-Autorin Karin Junker: Die Flüchtlingskrise: Zerreißprobe für Europa?**

Druckfehler-Korrektur

Leider haben wir in der letzten Ausgabe der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Caren Marks (SPD), einen falschen Namen zugeordnet. Die Redaktion bittet um Nachsicht.

B BILDUNG & POLITIK

- Integration**
- 19 Der zwd stellt verschiedene Ansätze vor**
- Gemeinschaftsschulen**
- 20 zwd-Autor Dr. Joachim Lohmann: Die Durchsetzung der gemeinsamen Schule für alle verlangt neue Konzepte und Strategien**
- Aktuelles**
- 24 BILDUNG & POLITIK: Kurz notiert**

K KULTUR & POLITIK

- 25 Die Idee des Bauhauses – von ArchitektInnen neu interpretiert**
- Aktuelles**
- 28 KULTUR & POLITIK: Kurz notiert**
- 30 Nachrichten aus den zwd-Portalen FRAUEN, BILDUNG, KULTUR**

NAMEN SIND NACHRICHTEN

- 31 Sabine Kunst, Tami Reiss, Jana Schiedek**

K DIE LETZTE SEITE

- #ausnahmslos**
- 32 Neue Initiative gegen sexualisierte Gewalt**

Verlagsmitteilung

Aufgrund der Auflagen der Finanzbehörden ist eine steuerfreie Nutzung der zwd-Online-Portale nicht mehr zulässig. Vielmehr sind wir – wie andere Verlage auch – gehalten, die Rechnungslegung unserer Abonnements zu splitten in die Kosten für die Printausgabe (7 % MwSt.) und die Nutzungsgebühr für die Online-Portale (19 %), die wir nicht voll auffangen können. Erläuterungen erfolgen mit dem Rechnungsversand.

Impressum

Das zwd-POLITIKMAGAZIN Frauen. Gesellschaft. Bildung & Kultur ist ein Produkt der zwd-Mediengruppe (zwd-Verlags-GmbH | zwd-Medien-GmbH) in Zusammenarbeit mit und gefördert von der Gesellschaft Chancengleichheit e.V. (GesCH), Berlin. Das zwd-POLITIKMAGAZIN erscheint 10 Mal jährlich, i.d.R. parlamentsmonatlich

Verlagsanschrift:

zwd-Mediengruppe (zwd-Medien-GmbH | zweiwochendienst Verlags-GmbH)
Geschäftsführung: Holger H. Lührig
Luisenstraße 48, 10117 Berlin,
Fon: 030/22 487 475 | Fax: 03212/22487487

Redaktionsleitung der zwd-Mediengruppe:

Chefredakteur: Holger H. Lührig (ig)
Stellvertretende Chefredakteurin:
Hilda Lührig-Nockemann (no)
Beratung der Chefredaktion zu Menschenrechten & Genderfragen: boeker -consult (Marion Böker)

Redaktion:

Hannes Reinhardt (hr); Yvonne Hissel (yh)

Redaktionsanschrift:

Luisenstraße 48, 10117 Berlin,
Fon: 030/22 487 482 | Fax: 03212-2 487 487

E-Mail an die Redaktion:

redaktion|@zwd.info | frauen@zwd.info |
bildung@zwd.info | kultur@zwd.info

zwd-Internet-Portale:

www.zwd.info | www.frauen.zwd.info
www.bildung.zwd.info | www.kultur.zwd.info

Druck: Flyeralarm GmbH, 97080 Würzburg

Nachdruck nur mit Quellenangabe, fotomechanische Vervielfältigung nur mit Zustimmung des Verlages

ISSN: 2199-3025

Bildnachweis:

Alle Fotos, soweit nicht gekennzeichnet: © zwd

Redaktionsschluss: 15.01.2016

Dr. Joachim Lohmann

Die Durchsetzung der gemeinsamen Schule für alle verlangt neue Konzepte und Strategien



Foto: privat

Für nicht wenige Anhänger sind nur Gemeinschaftsschulen mit den Klassenstufen 5(7)-13 echte Gemeinschaftsschulen. Für manche ist dies sogar ein Dogma, obwohl eine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe nicht der Ursprung der Gemeinschaftsschul-Konzeption war, sondern diese sich erst entwickelt hat. In dem Nachkriegs-Deutschland hat die SPD die Gemeinschaftsschul-Idee entworfen. Sie war in eine viel weitergehende Konzeption eines horizontal gestuften Bildungssystems eingebettet: Auf die 6-jährige Gemeinschaftsschule sollte eine Gesamtoberstufe und auf ihr eine gestufte Gesamthochschule aufsetzen.

Die konzeptionelle Verengung entstand aus der damaligen Situation der Gemeinschaftsschule: Als Minderheitsschule hat sie eine bisher einmalige bildungspolitische Konfrontation durchgestanden. In dieser Situation setzte sich die Konzeption einer grundständigen Gemeinschaftsschule mit den Jahrgängen 5 bis 13 durch, um zu vermeiden, dass die Jugendlichen einer 6-jährigen Gemeinschaftsschule beim Übergang auf eine Oberstufe auf das Wohlwollen eines Gymnasiums angewiesen gewesen wären. Denn zu dieser Zeit besaß das Gymnasium noch weitgehend das Oberstufenmonopol. Die Furcht der Eltern, dass ihre Kinder als GemeinschaftsschülerInnen beim Besuch der Oberstufe eines Gymnasiums benachteiligt würden, führte zum Dogma, dass nur Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe echte Gemeinschaftsschulen seien. Die Gemeinschaftsschul-Idee passte sich in ihrer Minderheitssituation der Gymnasialstruktur an.

Das Dogma einer Gemeinschaftsschule mit Oberstufe hat ihren Preis

Das Dogma der Gemeinschaftsschule mit Oberstufe hat ihren hohen Preis: Denn ihre Durchsetzung wurde erheblich behindert. Eine Gemeinschaftsschule mit den Jahrgängen 5(7) bis 13 muss in der Mittelstufe vielzünftig sein, um eine Oberstufe bilden zu können, mindestens eine Vierzünftigkeit wird im Allgemeinen für notwendig gehalten.

Diese Schulgröße existiert abgesehen vom Gymnasien fast nicht, so dass eine Gemeinschaftsschule äußerst selten durch Umwandlung einer bestehenden Schule, sondern fast nur durch Neugründung entstehen konnte. Diese führt aber zu Schließung

„Die Wirklichkeit hat sich um das Dogma der Grundständigkeit nicht geschert.“

bestehender Schulen, die sich fast immer dagegen wehren. In ländlichen Gebieten führt die Schulgröße zum Standortverlust von Schulen der Sekundarstufe I bei Gemeinden bzw. Gemeindeteilen, was zusätzlichen Widerstand hervorruft. Gemeinschaftsschulen sind trotz dieser konzeptionellen Nach-

teile entstanden, so in den 70er Jahren wegen des Schülerberges, der zusätzliche Schulen erforderlich machte. Auch in den Folgejahren entstanden noch Gemeinschaftsschulen auf Grund des Engagements von Landesregierungen und Schulträgern, der große Durchbruch allerdings blieb versagt: Zu Anfang dieses Jahrhunderts besuchten gerade gut 8 Prozent der AchtklässlerInnen Gemeinschaftsschulen, die höchsten Besuchsquoten erreichten die Stadtstaaten mit jeweils knapp 30 Prozent. Wegen der Mindestschulgröße blieb der Gemeinschaftsschule in Deutschland die größte Chance für Schulen des gemeinsamen Lernens weithin versagt: nämlich im ländlichen Raum.

Die Wirklichkeit schert sich nicht um Dogmen

Doch die Wirklichkeit hat sich um das Dogma der Grundständigkeit nicht geschert. Schon Anfang der 70er Jahre sind 6-jährige Gemeinschaftsschulen entstanden, vor allem in Hessen sowie in Berlin. Auch in den Folgejahren wurden Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe errichtet. Inzwischen gibt es neue Strategien für Gemeinschaftsschulen, bei denen zumeist auf die Oberstufe verzichtet wird. Über 60 Prozent der Gemeinschaftsschulen haben keine eigene Oberstufe. Nur zwei Länder (ohne Bayern) halten an dem Dogma fest: Brandenburg und Niedersachsen. Die Gemeinschaftsschule als Mittelstufe mit den Klassen 5(7)-10 hat sich mehrheitlich durchgesetzt.

Neue Strategien

Vor allem zwei Entwicklungen haben zu neuen Strategien für die Gemeinschaftsschule als Mittelstufe geführt:

- Haupt- wie Realschule sind als unterprivilegierte Schulen ein Auslaufmodell. Es gibt eine Vielzahl von Schulen, die bereit sind, sich zu Gemeinschaftsschule zu entwickeln. Diese sind damit nicht mehr in einer Minderheitssituation, so dass sich für die Oberstufe mehrere Lösungen anbieten.
- Die Situation der hochschulpropädeutischen Oberstufe hat sich erheblich verändert: Das weitgehende Gymnasialmonopol der 1970er Jahre besteht nicht mehr, vielmehr stellen Fachoberschule und berufliches Gymnasium einen erheblichen Anteil an Studienberechtigten.

Reformorientierte Länder haben auf Grund dessen je nach ihren bildungspolitischen Voraussetzungen zwei unterschied-

liche Reformstrategien entwickelt: Strategien von unten bzw. von oben.

Das Prinzip der Freiwilligkeit als Strategie von unten

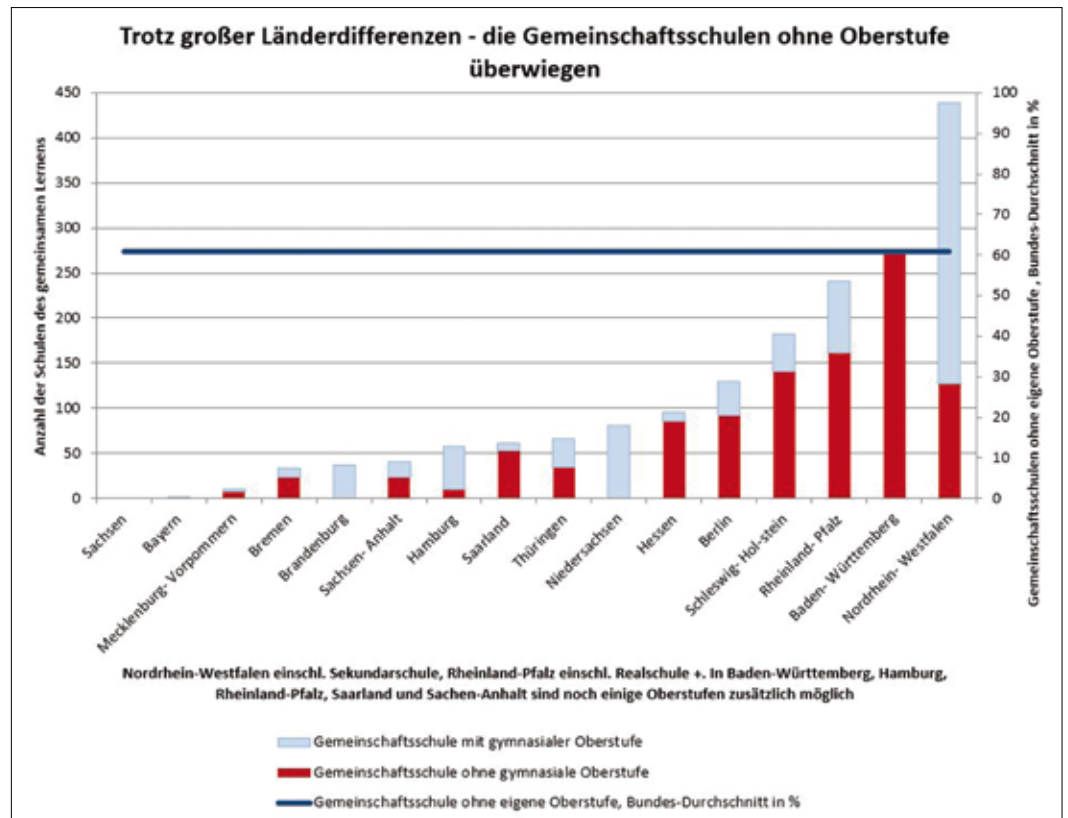
Eine Strategie von unten mit dem Prinzip der Freiwilligkeit haben vor allem Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen angewandt.

- In Baden-Württemberg – fast ohne Gesamtschul-Tradition und mit einer CDU, die an dem schulischen Hierarchiesystem festhielt – setzte die Landesregierung auf die Bereitschaft von Haupt- und Realschulen, sich in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Eine prognostizierte Mindestzahl von 40 SchülerInnen im 5. Schuljahr reichte für eine Genehmigung, sofern die Schule ein überzeugendes Schulentwicklungs-Konzept vorlegte. Damit erhielt fast jede Schule eine Chance. Diese nutzten gut 270 Schulen innerhalb von 4 Jahren - ein einmaliger Rekord.
- In Nordrhein-Westfalen stimmte die CDU einer erforderlichen Verfassungsänderung nur unter der Bedingung zu, dass das Land das Hierarchiesystem nicht aufheben kann, allerdings die Kommunen verpflichtet wurden, alle Schulformen vorzuhalten. Um den Kommunen die Errichtung von Gemeinschaftsschulen zu erleichtern, ermöglichte das Schulgesetz neben den mindestens vierzügigen Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe die Errichtung von dreizügigen Sekundarschulen ohne Oberstufe. Die Aufhebung des verpflichtenden Angebots an Haupt- und Realschulen und die geringere Zügigkeit gestatteten den Kommunen die Gründung von gut 200 Gemeinschaftsschulen in nur 4 Jahren, davon die Mehrheit als Sekundarschulen.

„Der gestiegene Bildungswille und der Attraktivitätsverlust von Haupt- und Realschule haben eine Reform von oben ermöglicht.“

Die generelle Umwandlung unterprivilegierter Schulen als Strategie von oben

Der gestiegene Bildungswille und der Attraktivitätsverlust von Haupt- und Realschule haben auch eine Reform von oben ermöglicht: Die Umwandlung des bestehenden 3-gliedrigen Hierarchiesystems zugunsten eines gleichberechtigten Konkurrenzsystems zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium.



Besonders für Eltern bedeutete die Umwandlung von Haupt- und Realschulen in Gemeinschaftsschulen Chancen auf qualifiziertere Abschlüsse ihrer Kinder.

Die Verwirklichung eines Konkurrenzsystems gelang den drei Stadtstaaten sowie dem Saarland und Schleswig-Holstein ohne nennenswerten gesellschaftlichen oder politischen Widerstand, weil es zu einem formalen oder informellen Konsens mit der CDU gekommen war. Obwohl in Rheinland-Pfalz kein Konsens erreicht wurde, konnte auch dort ein weitgehend gleichberechtigtes Konkurrenzsystem errichtet werden. Die Durchsetzung des 2-gliedrigen Konkurrenzsystems wurde dadurch erleichtert, dass für die Gemeinschaftsschulen weniger Züge vorgeschrieben und zumeist keine Oberstufe – abgesehen von Hamburg – vorgesehen war. So blieben die Schulen überwiegend standortnah und wurden oft nur umstrukturiert.

Die Vorbehalte gegen neue Konzepte für die Gemeinschaftsschule

Ein Teil von Gesamtschul-BefürworterInnen hält die Gemeinschaftsschulen wegen der neuen Konzeptionen für nicht konkurrenzfähig mit dem Gymnasium:

- Gemeinschaftsschulen, die aus Hauptschulen umgewandelt werden, hätten eine zu einseitige Schülerschaft und
- sie seien zusätzlich ohne eigene Oberstufe nicht attraktiv genug.

Mit der Strategie der Freiwilligkeit von unten sind in Baden-Württemberg fast 90 Prozent der Gemeinschaftsschulen aus Hauptschulen entstanden; erst in letzter Zeit beteiligen sich stärker auch Realschulen. Doch die baden-württembergischen Schulen haben mit der Umwandlung mehr SchülerInnen hinzugewonnen, und zwar nicht nur SchülerInnen anderer Hauptschulen. Vielmehr ging die landesweite Übergangsquote zu

Realschule und Gymnasium zurück. Darüber hinaus überschätzt der Einwand die allgemeinen und die sozial bedingten Leistungsunterschiede von SchülerInnen. Nicht der soziale Status der SchülerInnen, sondern der der Schule ist das eigentliche Problem von unterprivilegierten Schulen, also der Förderschule und der Hauptschule in Deutschland. OECD-weit erklären die unterschiedlichen Bildungsprogramme – in Deutschland der Förder-, der Haupt-, der Realschule und des Gymnasiums – 40 Prozent der Leistungsunterschiede von SchülerInnen, in Deutschland dagegen 80 Prozent. Die Hauptschule und mit ihr auch ihre Schülerschaft ist stigmatisiert. Und das drückt den Glauben an deren Leistungsfähigkeit in der Öffentlichkeit sowie bei den Eltern, den Lehrkräften und

„Die Umwandlung einer Hauptschule in eine Gemeinschaftsschule hebt deren sozialen Status.“

selbst bei den SchülerInnen.

Die Umwandlung einer Hauptschule in eine Gemeinschaftsschule hebt deren sozialen Status und die unterprivilegierten Bildungsprogramme entfallen weitgehend. Das ist der entscheidende Schritt, um die allgemeine und soziale Leistungsdiskriminierung einer Schule zu überwinden.

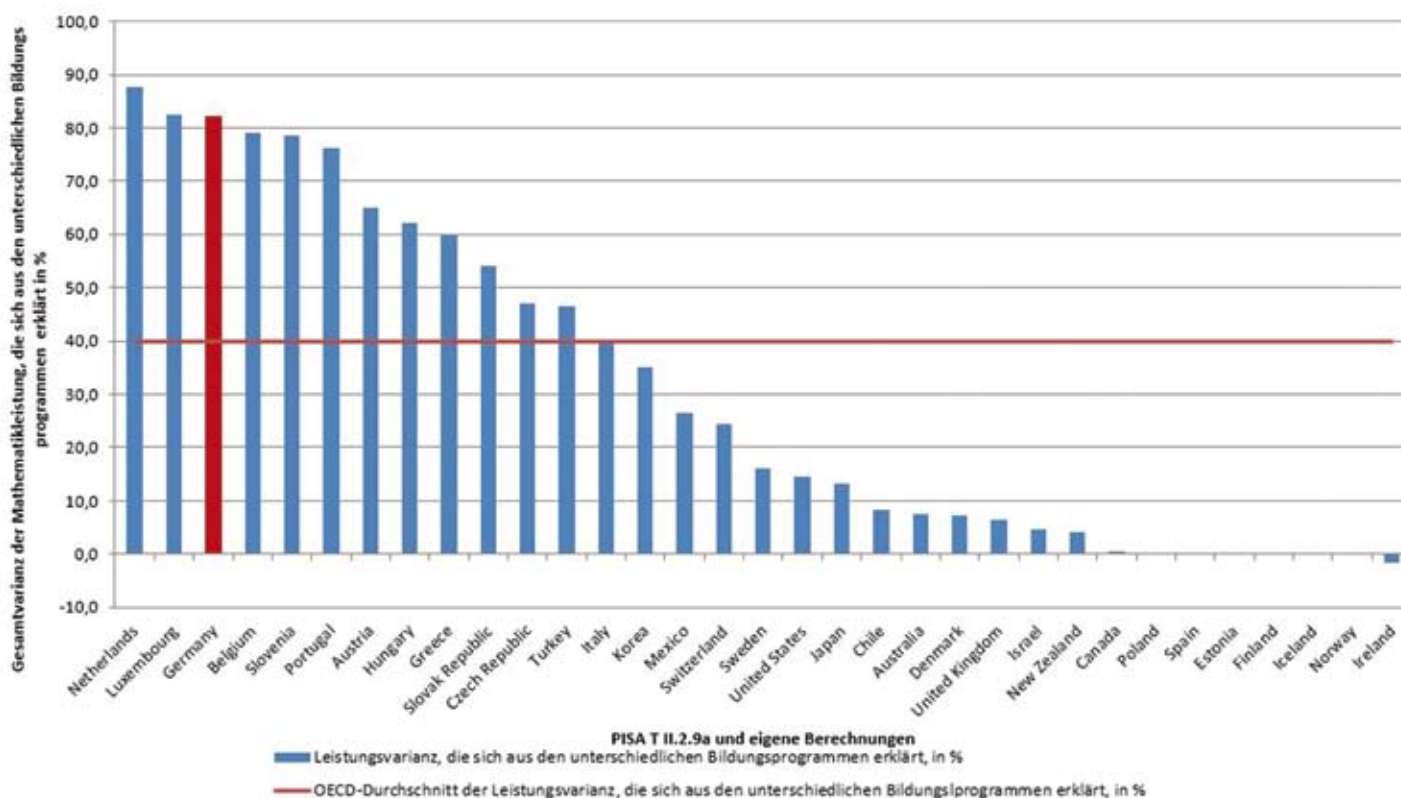
Es gibt Beispiele, dass Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe gegenüber Schulen mit Oberstufe weniger attraktiv sind. Doch der Status 6-jähriger Gemeinschaftsschulen hat auch

Vorteile, die die Nachteile aufwiegen können:

- Die sechsjährige Gemeinschaftsschule ist standortnäher und leichter erreichbar, oft ein unschätzbare Vorteil im ländlichen Raum.
- Sie kann nicht selten eine räumliche, aber auch pädagogische Einheit mit der Grundschule bilden.
- Um attraktiv zu sein, ist eine feste Kooperationsvereinbarung zwischen der Gemeinschaftsschule und einer Schule mit Oberstufe unabdingbar. Sie soll garantieren, dass Schüler, die nach Meinung der Gemeinschaftsschule für die Oberstufe geeignet sind, auch aufgenommen werden.
- Die sechsjährige Gemeinschaftsschule sollte Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für die Oberstufe erhalten, und es sollte ein Austausch von Lehrkräften der Gemeinschaftsschule mit der Oberstufe geben.
- Ebenso sollten die SchülerInnen der Gemeinschaftsschule schon an der Oberstufe hospitieren, um mit der Schule und einzelnen Lehrkräften vertraut zu werden.
- Im Allgemeinen ist die Kooperation mit einer anderen Gemeinschaftsschule oder mit einem Gymnasium vorzuziehen.

Die Kooperationsvereinbarung einer sechsjährigen Gemeinschaftsschule mit einer Schule mit Oberstufe ist nur die zweitbeste Lösung, überzeugender ist eine Verbindung mit einem Oberstufenzentrum. Dieses besteht in Form der beruflichen Gymnasien, die stärker praxisorientiert sind und nach beruflichen Profilen differenzieren. Weil diese bisher vornehmlich RealschülerInnen den Aufstieg ermöglichen, erreichen

Im erschreckenden Umfang sind unterschiedliche Bildungsprogramme für die Leistungsunterschiede verantwortlich



Drei- und mehrgliedriges Hierarchiesystem plus Gemeinschaftsschule		
	Schulformen des Hierarchiesystems	Namensgebung für Schulen des gemeinsamen Lernens
Baden-Württemberg	Hauptschule, Werkrealschule, Realschule, Gymnasium	Gemeinschaftsschule
Bayern	Mittelschule, Realschule, Gymnasium	Gesamtschule
Hessen	Hauptschule, Mittelstufenschule, Realschule, Gymnasium	kooperative und integrierte Gesamtschule
Niedersachsen	Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium	Oberschule, kooperative und integrierte Gesamtschule
Nordrhein-Westfalen	Hauptschule, Realschule, Gymnasium	Sekundarschule, Primusschule, Gemeinschaftsschule, Gesamtschule
Zweiggliedriges Hierarchiesystem plus Gemeinschaftsschule		
Brandenburg	Oberschule, Gymnasium	Gesamtschule
Mecklenburg-Vorpommern	regionale Schule, Gymnasium	kooperative und integrierte Gesamtschule
Sachsen	Mittelschule, Gymnasium	
Sachsen-Anhalt	Sekundarschule, Gymnasium	Gemeinschaftsschule, Gesamtschule
Thüringen	Regelschule, Gymnasium	Gemeinschaftsschule, Gesamtschule
Zweiggliedriges, gleichberechtigtes Konkurrenzsystem		
	Namensgebung für Schulen des gemeinsamen Lernens	Weitere allgemeine Schulformen
Berlin	Integrierte Sekundarschule (ISS), Gemeinschaftsschule	Gymnasium
Bremen	Oberschule	Gymnasium
Hamburg	Stadtteilschule	Gymnasium
Rheinland-Pfalz	Realschule plus (teilw. mit Fachoberschule), Gesamtschule	Gymnasium
Saarland	Gemeinschaftsschule	Gymnasium
Schleswig-Holstein	Gemeinschaftsschule	Regionalschule (auslaufend), Gymnasium

schaftsschule (ohne Sachsen) hat sich in den neuen Bundesländern durchgesetzt. Seit der Jahrhundertwende entstand in den Stadtstaaten sowie im Saarland, Schleswig-Holstein – und abgewandelt in Rheinland-Pfalz – ein zweigliedriges, gleichberechtigtes Konkurrenzsystem.

- Das drei- bzw. mehrgliedrige Hierarchiesystem plus Gemeinschaftsschule ist instabil; hier hat die Hauptschule in nur zehn Jahren mehr als ein Drittel ihrer SchülerInnen im 8. Schuljahr verloren. Ihr Auslaufen ist sicher; in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit Übergangsquoten von nur noch 7 Prozent bzw. 5 Prozent ist es unvermeidlich. Ihre Integration mit der Realschule wird ohne deren Aufwertung als Gemeinschaftsschule auf Widerstand stoßen. Daher ist die generelle Umstrukturierung des 3-gliedrigen Hierarchiesystems in ein 2-gliedriges Konkurrenzsystem für fast alle alten Bundesländer wahrscheinlich.
- Als erstaunlich beständig hat sich bisher das 2-gliedrige Hierarchiesystem in den neuen Bundesländern erwiesen. Es wird auf den steigenden Akademikerbedarf und das gestiegene Bildungsinteresse reagieren müssen, indem es entweder weitere Gemeinschaftsschulen errichtet oder die Schulen mit mehreren Bildungsgängen zu Quasi-Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt.
- Sehr stabil zeigt sich das 2-gliedrige Konkurrenzsystem, im Durchschnitt verliert das Gymnasium ein wenig und die Gemeinschaftsschule gewinnt etwas.

Eine gemeinsame Schule für alle wird sich von selbst von unten nicht durchsetzen; die Politik ist gefordert, weitere Schritte sind nötig.

So ist die Gleichstellung der Gemeinschaftsschule mit dem Gymnasium noch nicht abgeschlossen: Die Gemeinschaftsschule sollte – wie in Bremen – nur noch über einen, den hochschulbezogenen Bildungsgang verfügen sowie nur noch einen Sekundarstufen-I-Abschluss vermitteln, der zum Besuch aller weiterführenden Bildungsgänge berechtigt. Die PolitikerInnen sollten der Gemeinschaftsschule einen umfassenden, humanen Bildungsauftrag mit entsprechender Autonomie und Unterstützung konzederieren.

sie durchschnittlich nicht den Leistungsstand von Gymnasien, haben aber einen vergleichbaren Leistungszuwachs. Bedeutsamer ist, dass ihre AbsolventInnen besser als die Gymnasiasten auf das wissenschaftliche Arbeiten und das Studium vorbereitet sind.

„Eine gemeinsame Schule für alle wird sich von selbst von unten nicht durchsetzen.“

Die bestehende Schulstruktur löst sich auf

Zur Zeit bestehen in den 16 Bundesländern drei unterschiedliche Schulsysteme:

- Das traditionelle drei- und mehrgliedrige Hierarchiesystem plus Gemeinschaftsschule existiert noch in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.
- Ein zweigliedriges Hierarchiesystem plus Gemein-

Dr. Joachim Lohmann

Der zwd-Autor war Stadtschulrat der Landeshauptstadt Kiel. Von 1981 bis 1986 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungsbereich Schleswig-Holstein. Ferner war er Bundesvorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule. Seit 1979 Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein, war er von 1993 bis 1998 Staatssekretär in der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

GLEICHSTELLUNG IN HESSEN

Das Gleichberechtigungsgesetz bleibt umstritten

zwd Wiesbaden (cd). Die hessische SPD-Landtagsfraktion hat scharfe Kritik am neuen Gleichberechtigungsgesetz der schwarz-grünen Regierungskoalition geübt. Die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion, Lisa Gnadt, warf CDU und Grünen „Beratungsresistenz“ vor. (08.12.2015)

EUROPÄISCHE UNION

„Merkel hätte Scheitern der EU-Frauenquote verhindern können“

zwd Brüssel (ig/cd/hr). In scharfer Form haben Frauenverbände das Verhalten Deutschlands bei der Entscheidung des EU-Sozialministerrates kritisiert, einer Vorlage des EU-Parlaments nicht zuzustimmen, europaweit eine Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft einzuführen. (17.12.2015)

UN-RESOLUTION 1325

ASF: Frauen ausreichend schützen

zwd Berlin (yh/ticker). Die SPD-Frauen drängen auf einen besseren Schutz von Frauen in Fällen bewaffneter Konflikte

und eine gleichberechtigte Teilhabe von Bemühungen um Konfliktlösungen. (15.01.2016)

ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE DES BUNDES

Kommission legt Handlungsempfehlungen gegen Geschlechterdiskriminierung vor

zwd Berlin (cd). Ein Verbandsklagerecht und die Anhebung der Fristen für die Geltendmachung von Ansprüchen nach einer Diskriminierung von zwei auf sechs Monate sind dringlich. Zu diesen Schlüssen gelangte eine unabhängige Kommission, die zur Untersuchung von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes eingesetzt worden war. (10.12.2015)

VEREINBARKEIT BERUF UND FAMILIE

„Home-Office“ als Chance für die ganze Familie

zwd Berlin (ig/ticker). In mobilen Arbeitsformen liegt ein großes Potenzial für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das jedoch noch nicht ausreichend genutzt wird. Zu diesem Ergebnis kommen zwei Expertisen des Bundesfamilienministeriums, die im Dezember veröffentlicht worden sind. (18.12.2015)

IMMATERIELLES KULTURERBE

Sieben Kulturformen in deutsches Verzeichnis aufgenommen

zwd Berlin (hr/ticker). Das Sternsingen, das Kneippen, das Schützenwesen, das Ehrsame Narrengericht zu Grosseffingen, die Volkstanzbewegung, das Choralsingen und die manuelle Glasfertigung sind Immaterielles Kulturerbe und werden daher in das deutsche Verzeichnis aufgenommen. (17.12.2015)

IZA-STUDIE

Weniger Studienanfänger nach Turbo-Abi

zwd Berlin (hr/ticker). Bei einer verkürzten Schulzeit von 12 statt 13 Jahren nehmen viele junge Menschen im Anschluss nicht sofort ein Studium auf. Stattdessen nutzen sie das Jahr häufiger für einen Freiwilligendienst oder einen Auslandsaufenthalt. (09.12.2015)

AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

BAFöG-Sätze steigen um sieben Prozent

zwd Berlin (hr/ticker). Die BAFöG-Sätze steigen zum Wintersemester 2016/2017 um sieben Prozent. Für Studierende,

die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, steigt der Förderhöchstsatz sogar um rund 9,7 Prozent auf bis zu 735 Euro (bisher maximal 670 Euro). (23.12.2015)

KULTURFÖRDERUNG

Deutscher Kulturrat fordert Fortsetzung des Programms „Kultur macht stark“

zwd Berlin (hr/ticker). Der Deutsche Kulturrat fordert eine Fortsetzung des erfolgreichen Bundesprogramms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“. Mit Hilfe dieses vom BMBF geförderten Programms wurden 4.200 Bildungsbündnisse im gesamten Bundesgebiet etabliert. (15.12.2015)

BIG DATA

Studie: Deutsche bei Datenweitergabe besonders kritisch

zwd Berlin (hr). Die Deutschen sind besonders kritisch, wenn es um die Weitergabe ihrer Daten geht. Das ergab eine europaweite Studie von TNS Infratest im Auftrag des Vodafone Instituts, bei der über 8.000 Menschen in acht Ländern befragt wurden. (18.01.2016)

Namen sind Nachrichten



Sabine Kunst

ist noch SPD-Wissenschaftsministerin in Brandenburg. Doch ab Sommersemester 2016 wird sie Präsidentin der Humboldt-Universität sein. Am 19. Januar wurde sie mit klarer Mehrheit von

den 61 Mitgliedern des Konzils gewählt. Damit steht in der Geschichte der ältesten Berliner Universität nach 20 Jahren mit der promovierten Philologin und habilitierten Ingenieurin die zweite Frau an der Spitze. Das könnte eine gute Wahl sein, denn 2010 wurde Kunst, damals Präsidentin der Universität Potsdam, von der Financial Times und CHE als Hochschulmanagerin des Jahres ausgezeichnet. Für ihre Amtszeit an der Humboldt-Universität formulierte die 61-Jährige bei der Anhörung durch das Konzil ihre Schwerpunkte. Beim Berliner Senat will sie für die finanziellen Mittel kämpfen, die die HU dringend braucht. Gelingt ihr die Aufhebung der Unterfinanzierung, hat sie die notwendigen Ressourcen für den von ihr angestrebten Ausbau der Internationalisierung – die Flüchtlinge sieht sie als Chance – und die neue Runde der Exzellenzinitiative. **(zwd/no)**

Quelle: cyrusinnovation.com



Tami Reiss

ist Chefin eines Softwareunternehmens und hat die „Just Not Sorry-App“ (Es tut mir nicht leid-App) entwickelt. Als Kopf einer iT-Beratungsfirma, fiel

der 33-jährigen auf, dass Frauen öfter als Männer ihre Aussagen durch Formulierungen wie „Ich glaube, dass“ oder „Ich würde sagen, dass“ abschwächen. Vor allen Dingen, und daher der Name der App, würden Frauen sich häufiger entschuldigen und sich so „selber klein machen“. Laut Reiss ist das problematisch, da Frauen damit ihre Fähigkeiten relativieren. Geht es aber in der Geschäftswelt darum, Investoren zu überzeugen, ist wichtig, ihr Vertrauen zu gewinnen. Für den Erfolg eines Unternehmens ist eine selbstbewusste Sprache, so Reiss, daher elementar. Die App sensibilisiert für diese Problematik. Nach der Installation werden im Emailprogramm defensive Ausdrücke wie „Ich glaube“, „Nur“, „Entschuldigung“ rot markiert. Bislang gibt es das Tool zwar nur in englischer Sprache, doch Reiss' Just Not Sorry-App stößt auch hierzulande auf Interesse. **(zwd/yh)**

Jana Schiedek

wurde am 11. Januar 2016 auf dem traditionellen Neujahrsempfang des Landesfrauenrats Hamburg für ihren Einsatz zur Förderung der Gleichberechtigung mit der „Hammonia“ aus-



Quelle: eigene Homepage

gezeichnet. Schiedek (SPD) war von 2011 bis 2015 Senatorin für Justiz und Gleichstellung in Hamburg. Unter ihrer Leitung wurde das erste Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm verabschiedet. Das Programm bildet mit einer Übersicht von mehr als 162 gleichstellungspolitischen Maßnahmen der Fachbehörden und Senatsämter in Hamburg die Basis für die gleichstellungspolitische Arbeit der Stadt. Darüber hinaus hat sich die 41-jährige Juristin für die Einführung der Frauenquote in Aufsichtsräten eingesetzt und in ihrer vierjährigen Amtszeit maßgeblich an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs mitgewirkt. Dabei hatte sie immer wieder betont: „Gleichstellung gehört zu jeder modernen Gesellschaft und ist ein Gewinn für alle. Mir ist eine gerechte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen wichtig.“ **(zwd/yh)**

ZWD BESTELLCOUPON

An die zwd-Mediengruppe, Luisenstraße 48, 10117 Berlin
E-Mail: abo@zwd.info; Tel.: 030 – 22 487 475; Fax: 030 – 22 487 484

■ zwd-POLITIKMAGAZIN FRAUEN • GESELLSCHAFT • BILDUNG • KULTUR

- Ich/Wir bestelle(n) ein Jahres-Abo für das zwd-POLITIKMAGAZIN FRAUEN • GESELLSCHAFT • BILDUNG • KULTUR (incl. Lizenz zur Nutzung der zwd-online Portale www.frauen.zwd.info, www.bildung.zwd.info, www.kultur.zwd.info, www.gesundheit.zwd.info), erscheint 10-mal jährlich, entsprechend den zwd-AGBs zum Preis von
- Euro 10,00 / Monat (privater Bezug)* Euro 6,00 / Monat ermäßigt (mit Studienbescheinigung o.ä.)*
- Euro 12,50 / Monat für kleine Institutionen (bis 9 Beschäftigte)* Euro 20,00 / Monat für große Institutionen und Presse*
- Euro 30,00 / für ein dreimonatiges Schnupperabonnement (alle Dienste und 3 Printausgaben)*

* Alle Preise zzgl. Mehrwertsteuer (7% bzw. 19%), incl. anfallender Versandkosten ** Die Printausgabe ist für PDF-AbonentInnen ca. vier Wochen nach Erscheinen online verfügbar
Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der zwd-Mediengruppe (siehe unter www.zwd.info). Sie werden mit dieser Bestellung anerkannt und werden mit der Abonnementsbestätigung nochmals zugesagt. Das Abonnement mit mindestens 12-monatiger Laufzeit kann per Brief oder Fax (nicht per E-Mail) bis zum 1. Oktober zum jeweiligen Jahresende gekündigt werden.

zwd-NEWSLETTER

Bitte senden sie mir den kostenlosen 14-tägigen zwd-Newsletter

- FRAUEN. GESELLSCHAFT. FRAUEN-GEUNDHEIT & POLITIK
- BILDUNG. GESELLSCHAFT. KULTUR & POLITIK

an die nebenstehende E-Mail-Adresse:

Name:..... Fon/Fax:

Vorname:..... Ort/Datum:

Institution: Unterschrift

Straße:..... Ich kann die Jahresabonnement-Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen.

PLZ, Ort:..... Unterschrift